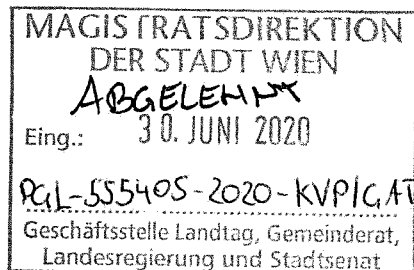


(AB)

**Die neue
Volkspartei**

Rathausklub Wien



PT

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen Ingrid KOROSEC und Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Bewusstseinsbildung hinsichtlich „Superspreading“-Events im Zusammenhang mit COVID-19

Die COVID 19-Pandemie stellt Österreich und Wien zweifellos vor immense Herausforderungen. Auch wenn sich der Anstieg der Neuinfektionen in Österreich durch die Maßnahmen der Bundesregierung abgeschwächt hat, sind die in Wien auftretenden Infektionszahlen überproportional.

Das maßgebliche Ziel liegt in der Verhinderung einer zweiten Infektionswelle. Diesbezüglich braucht es eine intensive Zusammenarbeit zwischen allen Behörden und Verwaltungsebenen. Dies betrifft Maßnahmen wie die Umsetzung der Überprüfung von Quarantänemaßnahmen sowie das Contact Tracing.

Neben flächendeckenden Testungen braucht es außerdem das Bewusstsein in der Bevölkerung, wie mit COVID-19 konkret umzugehen ist. Das betrifft einerseits die weitere Einhaltung von Hygienevorschriften sowie von Abstandsvorschriften. Insbesondere ist aber auch das Bewusstsein für gewisse Situationen notwendig, in denen sich (nach momentanem Stand der Wissenschaft) das Virus verstärkt verbreitet.

In diesem Zusammenhang geht es vor allem um die Verhinderung von sogenannten „Superspreader“-Ereignissen, also Zusammenkünften, bei denen sich in diesem Fall COVID-19 besonders stark verbreiten kann. In der Epidemiologie bezeichnet dieser Ausdruck infizierte Personen, die besonders viele weitere Menschen anstecken. Um eine zweite Infektionswelle zu verhindern, ist die Vermeidung dieser Ereignisse maßgeblich und deshalb auch die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung wichtig.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige Herr amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Verhinderung von „Superspreading“-Ereignissen zu bilden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020